

**Steuern, Schulden, Sparbeschlüsse –
welche Haushaltspolitik wollen die
Bürger?**

30. September 2010
23774/q0588 Te

Max-Beer-Str. 2/4
10119 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Datengrundlage

Ziel der im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion von forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH durchgeführten Untersuchung war herauszufinden, in welchem Maße die Bürger die Finanznot in Bund, Ländern und Kommunen wahrnehmen und wie sie mögliche Wege aus der Krise beurteilen bzw. wie mögliche Minder- oder Mehrausgaben des Staates eingeschätzt werden.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden vom 15. bis 21. September 2010 insgesamt 1.002 Bürger befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass alle Personen der Grundgesamtheit (Bevölkerung ab 18 Jahre) die gleiche Chance hatten, in der Stichprobe vertreten zu sein.

Die ermittelten und im nachfolgenden dargestellten Ergebnisse können insofern – lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen - auf die Gesamtheit der über 18 jährigen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland übertragen werden.

1. Meinungen zum Steuersystem

76 Prozent aller Befragten halten das derzeitige Steuersystem in Deutschland für ungerecht. Nur 19 Prozent meinen, es sei gerecht.

Überdurchschnittlich häufig halten die unteren Einkommensgruppen sowie die Anhänger der SPD und vor allem der Linke das gegenwärtige Steuersystem für ungerecht.

Etwas häufiger als der Durchschnitt aller Bürger halten die jüngeren, 18- bis 29-jährigen Bürger sowie die Beamten und die Anhänger der Union und der Grünen das geltende Steuersystem für gerecht.

■ Einschätzungen der Gerechtigkeit des Steuersystems

	Es halten das derzeitige Steuersystem alles in allem eher für	
	gerecht %	ungerecht *) %
insgesamt	19	76
Ost	16	80
West	19	76
18- bis 29-Jährige	28	66
30- bis 44-Jährige	14	83
45- bis 59-Jährige	15	83
60 Jahre und älter	17	77
Arbeiter	19	81
Angestellte	15	81
Beamte	34	64
Selbständige	14	81
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	12	82
- € 1.000 bis € 2.000	12	84
- € 2.000 bis € 3.000	21	76
- € 3.000 oder mehr	24	74
Anhänger der:		
CDU/CSU	32	61
FDP	16	81
SPD	12	86
Grünen	26	72
Linke	5	95

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

88 Prozent aller Bürger sind der Auffassung, dass das Steuersystem in Deutschland zu kompliziert sei und von daher radikal vereinfacht werden müsste.

Lediglich 10 Prozent sind nicht dieser Meinung.

Diese Einschätzung unterscheidet sich in den einzelnen Bevölkerungs- und Wählergruppen nur in Nuancen.

▪ Meinungen zur Vereinfachung des Steuersystems

	Das Steuersystem müsste radikal vereinfacht werden	
	ja %	nein *) %
insgesamt	88	10
Ost	94	5
West	87	11
18- bis 29-Jährige	79	19
30- bis 44-Jährige	88	10
45- bis 59-Jährige	90	9
60 Jahre und älter	94	5
Arbeiter	100	0
Angestellte	88	11
Beamte	79	20
Selbständige	88	12
Anhänger der: CDU/CSU	85	13
FDP	82	18
SPD	95	4
Grünen	82	17
Linke	100	0

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Sonderregelungen im Steuersystem, wie der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Hundefutter oder Schnittblumen, sollten nach Meinung von 76 Prozent der Befragten abgeschafft werden.

21 Prozent sprechen sich für die Beibehaltung der Sonderregelungen im Steuersystem aus.

Wiederum unterscheiden sich die Einschätzungen in den einzelnen Gruppen nicht wesentlich.

▪ Meinungen zu Sonderregelungen im Steuersystem

Ausnahmen und Sonderregelungen im Steuersystem wie z.B. der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Hundefutter sollten

	abgeschafft werden %	beibehalten *) werden %
insgesamt	76	21
Ost	82	17
West	75	21
Arbeiter	80	20
Angestellte	77	20
Beamte	72	23
Selbständige	77	21
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	84	14
- € 1.000 bis € 2.000	73	24
- € 2.000 bis € 3.000	79	19
- € 3.000 oder mehr	79	20
Anhänger der:		
CDU/CSU	72	26
FDP	62	38
SPD	85	11
Grünen	76	20
Linke	83	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Meinungen zum Ausmaß der Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung ist nach Meinung der überwiegenden Mehrheit aller Bürger kein Kavaliersdelikt, sondern eine schwere Straftat.

Lediglich 14 Prozent meinen, dass Steuerhinterziehung nur ein Kavaliersdelikt sei.

Selbständige und Anhänger der FDP halten Steuerhinterziehung etwas häufiger als der Durchschnitt aller Bürger für ein Kavaliersdelikt; aber auch in diesen beiden Gruppen ist eine klare Mehrheit der Auffassung, dass Steuerhinterziehung als Straftat zu bewerten ist.

■ Meinungen zur Steuerhinterziehung

	Es halten Steuerhinterziehung für	
	ein Kavaliers- delikt	eine schwere *) Straftat
	<u> %</u>	<u> %</u>
insgesamt	14	82
Ost	13	83
West	14	81
18- bis 29-Jährige	20	78
30- bis 44-Jährige	21	74
45- bis 59-Jährige	15	81
60 Jahre und älter	5	92
Arbeiter	21	71
Angestellte	18	79
Beamte	3	97
Selbständige	25	68
Anhänger der: CDU/CSU	13	79
FDP	27	69
SPD	10	89
Grünen	11	87
Linke	20	78

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

82 Prozent der Befragten stufen Steuerhinterziehung zwar als schwere Straftat ein; dass sie von vielen und nicht nur wenigen praktiziert wird, glauben dennoch die meisten Bürger (87 %).

▪ Meinungen zum Ausmaß von Steuerhinterziehungen

	Steuerhinterziehungen in Deutschland	
	sind Einzel- fälle %	werden von *) vielen praktiziert %
insgesamt	10	87
Ost	11	83
West	10	88
18- bis 29-Jährige	10	88
30- bis 44-Jährige	13	85
45- bis 59-Jährige	11	85
60 Jahre und älter	6	92
Arbeiter	11	89
Angestellte	13	83
Beamte	2	98
Selbständige	6	92
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	13	79
- € 1.000 bis € 2.000	7	92
- € 2.000 bis € 3.000	11	86
- € 3.000 oder mehr	8	90

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3. Meinungen zur Personalausstattung in den Finanzbehörden

46 Prozent sind der Auffassung, dass es zu wenig Personal in Finanzämtern und Zollbehörden gäbe.

21 Prozent aller Befragten meinen, es gäbe in den deutschen Finanzbehörden zu viel Personal.

17 Prozent meinen, der Umfang des Personals sei gerade richtig.

- Meinungen zum Umfang des Personals in Finanzämtern und Zollbehörden

	In den Finanzämtern und Zollbehörden gibt es Personal			
	zu viel %	zu wenig %	gerade richtig %	weiß nicht %
insgesamt	21	46	17	16
Ost	27	43	14	16
West	19	47	18	16
18- bis 29-Jährige	18	53	20	9
30- bis 44-Jährige	25	41	17	17
45- bis 59-Jährige	23	48	15	14
60 Jahre und älter	17	45	16	22
Arbeiter	38	37	21	4
Angestellte	26	45	14	15
Beamte	8	64	11	17
Selbständige	25	43	11	21

Die meisten Befragten (52 %) sind auch der Auffassung, dass bei den Bürgern von Seiten der Finanz- und Zollverwaltung eher zu wenig kontrolliert werde.

14 Prozent meinen, es würde zu viel kontrolliert. 18 Prozent finden den Umfang der Kontrolle durch die Finanzämter und Zollbehörden gerade richtig.

16 Prozent können keine Angaben machen.

▪ Meinungen zum Umfang der Kontrolle durch Finanzämter und Zollbehörden

Es meinen, zur Zeit werde von Seiten der Finanz- und Zollverwaltung bei den Bürgern eher

	zu viel kontrolliert %	zu wenig kontrolliert %	gerade richtig kontrolliert %	weiß nicht %
insgesamt	14	52	18	16
Ost	16	49	18	17
West	14	52	18	16
18- bis 29-Jährige	23	38	28	11
30- bis 44-Jährige	17	50	19	14
45- bis 59-Jährige	14	55	16	15
60 Jahre und älter	7	57	15	21
Arbeiter	33	47	16	4
Angestellte	14	54	19	13
Beamte	7	43	24	26
Selbständige	15	49	21	15
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.000	19	49	18	14
- € 1.000 bis € 2.000	16	49	16	19
- € 2.000 bis € 3.000	17	52	20	11
- € 3.000 oder mehr	10	59	16	15

4. Meinungen zur Behebung der Finanznot des Staates

Auf die Frage, ob der Staat angesichts der Finanznot der öffentlichen Haushalte eher höhere Schulden machen oder eher höhere Steuern erheben sollte, sprechen sich 28 Prozent der Befragten für höhere Schulden aus.

48 Prozent sind dagegen der Meinung, der Staat sollte lieber höhere Steuern erheben; 24 Prozent wissen auf diese Frage keine Antwort.

Für höhere Schulden plädieren vor allem die Arbeiter und die Anhänger der FDP; für höhere Steuern vor allem die Anhänger der SPD und der Grünen.

■ Angesichts der Finanznot: Höhere Schulden oder höhere Steuern?

		Angesichts der Finanznot der öffentlichen Haushalte sollte der Staat eher		
		höhere Schulden machen	höhere Steuern erheben	weiß nicht
		_____%	_____%	_____%
insgesamt		28	48	24
Ost		22	46	32
West		30	48	22
18- bis 29-Jährige		37	42	21
30- bis 44-Jährige		32	44	24
45- bis 59-Jährige		23	48	29
60 Jahre und älter		21	58	21
Arbeiter		50	33	17
Angestellte		26	50	24
Beamte		33	50	17
Selbständige		20	44	36
Anhänger der:				
	CDU/CSU	24	51	25
	FDP	41	40	19
	SPD	27	54	19
	Grünen	28	57	15
	Linke	28	49	23

5. Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern

69 Prozent aller Bürger wären dazu bereit, höhere Steuern zu zahlen, wenn der Staat das Geld für sinnvolle und notwendige Maßnahmen verwenden würde. 27 Prozent sind zur Zahlung höherer Steuern nicht bereit.

Überdurchschnittlich oft sind nach eigenen Angaben zur Zahlung höherer Steuern die Anhänger der Grünen und der Linke sowie die Bezieher höherer Einkommen bereit.

▪ Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern?

	Es wären bereit höhere Steuern zu zahlen, wenn der Staat das Geld für sinnvolle und notwendige Maßnahmen verwendet	
	ja %	nein *) %
insgesamt	69	27
Ost	69	23
West	69	28
18- bis 29-Jährige	76	17
30- bis 44-Jährige	73	27
45- bis 59-Jährige	63	34
60 Jahre und älter	68	28
Arbeiter	61	39
Angestellte	68	32
Beamte	74	11
Selbständige	70	24
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	60	34
- € 1.000 bis € 2.000	63	31
- € 2.000 bis € 3.000	70	27
- € 3.000 oder mehr	80	18
Anhänger der:		
CDU/CSU	73	26
FDP	71	23
SPD	69	27
Grünen	81	14
Linke	81	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wenn der Staat die Mehreinnahmen ausschließlich dazu verwenden würde, die gegenwärtigen Schulden abzubauen, wären nur 36 Prozent der Befragten bereit, höhere Steuern zu zahlen. 61 Prozent wären dann nicht dazu bereit.

▪ **Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern zur Schuldentilgung des Staates?**

Es wären bereit höhere Steuern zu zahlen,
wenn der Staat das Geld dazu verwendet, die
gegenwärtigen Schulden abzubauen

	ja <u>%</u>	nein *) <u>%</u>
insgesamt	36	61
Ost	38	56
West	35	63
18- bis 29-Jährige	32	66
30- bis 44-Jährige	33	66
45- bis 59-Jährige	29	69
60 Jahre und älter	43	51
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	35	61
- € 1.000 bis € 2.000	32	62
- € 2.000 bis € 3.000	37	62
- € 3.000 oder mehr	40	59
Anhänger der:		
CDU/CSU	39	59
FDP	23	77
SPD	44	54
Grünen	35	65
Linke	38	58

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Eine große Mehrheit der Bürger (78 %) traut dem Staat aber nicht zu, die zusätzlichen Steuereinnahmen auch für sinnvolle Maßnahmen zu verwenden. Lediglich 21 Prozent glauben, dass der Staat die zusätzlichen Einnahmen tatsächlich sinnvoll einsetzen würde.

Diese Einschätzung unterscheidet sich in den einzelnen Befragten Gruppen kaum.

▪ Sinnvolle Verwendung von zusätzlichen Steuereinnahmen?

	Es trauen dem Staat zu, dass er zusätzliche Steuereinnahmen auch tatsächlich für sinnvolle und notwendige Maßnahmen einsetzt	
	ja %	nein *) %
insgesamt	21	78
Ost	17	81
West	22	77
18- bis 29-Jährige	24	74
30- bis 44-Jährige	18	80
45- bis 59-Jährige	17	83
60 Jahre und älter	19	79
Arbeiter	17	83
Angestellte	18	81
Beamte	18	82
Selbständige	14	86
Anhänger der: CDU/CSU	28	71
FDP	15	85
SPD	20	78
Grünen	21	79
Linke	10	86

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

73 Prozent aller Bürger sind für eine Erhöhung der Steuern für die oberen Einkommensgruppen. 24 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Eine Erhöhung der Steuern für die oberen Einkommensgruppen wird in überdurchschnittlichem Maß von den unteren Einkommensgruppen und den Anhängern der Oppositionsparteien befürwortet. Anhänger der Regierungsparteien sprechen sich häufiger als der Durchschnitt aller Bürger dagegen aus.

▪ Meinungen zur Erhöhung der Steuern für die oberen Einkommensgruppen

	Es sind der Meinung, dass die Steuern für die oberen Einkommensgruppen erhöht werden sollten	
	ja %	nein *) %
insgesamt	73	24
Ost	76	21
West	73	24
Arbeiter	70	30
Angestellte	74	23
Beamte	57	43
Selbständige	70	25
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	85	15
- € 1.000 bis € 2.000	80	18
- € 2.000 bis € 3.000	75	21
- € 3.000 oder mehr	69	27
Anhänger der:		
CDU/CSU	63	36
FDP	68	32
SPD	84	13
Grünen	80	17
Linke	89	7

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von denen, die sich für eine stärkere Besteuerung der oberen Einkommensgruppen aussprechen, meinen 17 Prozent, die Erhöhung solle ab einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro gelten.

30 Prozent halten eine Erhöhung der Steuern für Jahreseinkommen ab 80.000 Euro, 35 Prozent ab 100.000 Euro für richtig. 16 Prozent halten eine Erhöhung der Steuern für Personen, die im Jahr mehr als 100.000 Euro verdienen, für angemessen.

▪ Meinungen zur Einkommensgrenze für die Erhöhung der Steuern *)

Die stärkere Besteuerung der oberen Einkommensgruppen sollte gelten ab einem Jahreseinkommen von ...

	€ 60.000 %	€ 80.000 %	€ 100.000 %	höher **) %
insgesamt	17	30	35	16
Ost	33	26	24	15
West	14	31	37	16
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.000	34	23	21	19
- € 1.000 bis € 2.000	18	34	36	11
- € 2.000 bis € 3.000	14	24	45	16
- € 3.000 oder mehr	13	30	34	22

*) Basis: Befragte, die für höhere Steuern für die oberen Einkommensgruppen sind

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

6. Meinungen zur Verteilung des Steueraufkommens

Die derzeitige Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Kommunen halten nur 16 Prozent für richtig. 57 Prozent meinen, sie müsste geändert werden.

- Meinungen zur Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Kommunen

	Die derzeitige Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Kommunen		
	ist richtig %	müsste geändert werden %	weiß nicht %
insgesamt	16	57	27
Ost	9	60	31
West	17	56	27
18- bis 29-Jährige	24	48	28
30- bis 44-Jährige	17	57	26
45- bis 59-Jährige	10	65	25
60 Jahre und älter	9	61	30
Arbeiter	22	39	39
Angestellte	16	64	20
Beamte	10	54	36
Selbständige	6	66	28
Anhänger der:			
CDU/CSU	24	50	26
FDP	16	73	11
SPD	11	66	23
Grünen	20	57	23
Linke	17	66	17

Von denen, die meinen, die Verteilung des Steueraufkommens müsste geändert werden, möchte die Mehrheit (81 %), dass die Städte und Gemeinden mehr Geld erhalten. 13 Prozent meinen, die Länder sollten mehr Geld als bisher erhalten. Der Bund sollte nach Meinung von nur 7 Prozent mehr Geld als heute erhalten.

Diese Einschätzung unterscheidet sich im übrigen nicht zwischen Bewohnern kleinerer Gemeinden und größerer Städte.

▪ Mehr Geld aus dem Steueraufkommen für Bund, Ländern oder Kommunen? *)

	In Zukunft sollte mehr Geld aus dem Steueraufkommen erhalten ...			
	der Bund	die Länder	die Städte und Gemeinden	weiß **) nicht
	%	%	%	%
insgesamt	7	13	81	6
Ost	14	17	69	12
West	6	12	84	4
Ortsgröße (Einwohnerzahl)				
- unter 5.000	7	9	88	4
- 5.000 bis unter 20.000	8	13	83	1
- 20.000 bis unter 100.000	8	13	83	4
- 100.000 bis unter 500.000	5	19	73	11
- 500.000 und mehr	5	11	74	12
Anhänger der:				
CDU/CSU	8	17	81	5
FDP	7	5	80	7
SPD	11	7	79	3
Grünen	6	13	87	2
Linke	18	12	82	0

*) Basis: Befragte, die meinen, die Verteilung des Steueraufkommens müsste geändert werden

**) Prozentsumme größer als 100, da Mehrfachnennungen möglich

7. Meinungen zu Ausgaben für verschiedene staatliche Aufgaben

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für welche staatlichen Aufgabenbereiche mehr oder weniger bzw. genauso viel Geld wie heute ausgegeben werden sollte.

Nur bei 3 der 16 vorgegebenen Aufgabenbereiche überwiegt der Anteil derer, die der Meinung sind, der Staat sollte dafür weniger Geld ausgeben (Einsparungen halten die Bürger vor allem bei teuren Sanierungsprojekten – wie dem Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs – und der Bundeswehr für möglich).

Bei den anderen 13 Aufgabenbereichen überwiegt – trotz der von den Bürgern ja prinzipiell wahrgenommenen Finanzknappheit – der Anteil derer, die höhere Geldausgaben als heute erwarten (mehr Geld sollte der Staat nach Meinung der Bürger vor allem für Bildungseinrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche ausgeben).

▪ **Meinungen zu den Ausgaben des Staates für verschiedene Aufgabenbereiche:
Überblick**

Für die folgenden Aufgabenbereiche sollte der Staat ...	weniger Geld ausgeben %	mehr Geld ausgeben %	genauso viel *) Geld ausgeben %	Index **)
bei Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen	1	84	13	+ 83
bei Angeboten für Kinder und Jugendliche	2	76	21	+ 74
bei der Polizei und der Kriminalitäts- bekämpfung	3	66	30	+ 63
bei Angeboten für ältere Menschen	3	50	43	+ 47
bei der Familienhilfe	3	61	33	+ 58
bei Wissenschaft und Forschung	4	61	33	+ 57
bei der Gesundheitsversorgung	5	60	33	+ 55
bei Umweltschutzmaßnahmen	7	55	36	+ 48
bei der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs	7	38	54	+ 31
bei der Förderung von Arbeitslosen bzw. im Bereich Arbeit und Soziales	12	46	40	+ 34
beim Abbau der jetzigen Schulden	12	48	36	+ 36
bei Kultur- und Freizeitangeboten	15	27	57	+ 12
beim Bau von Straßen und Autobahnen	17	30	52	+ 13
bei der Schaffung verkehrsberuhigter Zonen	27	18	53	- 9
bei der Bundeswehr	55	10	31	- 45
bei teuren Sanierungsprojekten	58	5	30	- 53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) Index: Prozentanteil „mehr ausgeben“ minus Prozentanteil „weniger ausgeben“

8. Meinungen zum Personal im öffentlichen Dienst

Auf die Frage, in welchen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes es derzeit zu viel, zu wenig oder gerade genug Personal gebe, meinen 86 Prozent, es gäbe zu wenig Personal bei Krankenpflegern. 80 Prozent äußern, dass es zu wenig Personal bei Lehrern gäbe; 59 Prozent sagen das von Polizisten.

Bei den Beamten insgesamt und den Soldaten geben hingegen 50 bzw. 58 Prozent der Befragten an, dass man Stellen abbauen könnte.

- Meinungen zum Umfang des Personals in verschiedenen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes

Bei den folgenden Berufsgruppen gibt es ...	zu wenig Personal %	zu viel Personal %	gerade richtig *) viel Personal %	Index **)
Krankenpfleger	86	1	11	- 85
Lehrer	80	1	16	- 79
Polizisten	59	3	36	- 56
Feuerwehrmänner	37	2	56	- 35
Richter	32	7	51	- 25
Briefträger	20	6	68	- 14
Lokführer	18	4	59	- 14
Müllmänner	14	2	80	- 10
Schaffner	19	11	56	- 8
Steuer- und Zollfahnder	14	10	41	- 4
Piloten	8	11	63	+ 3
Beamte	9	50	35	+ 41
Soldaten	8	58	31	+ 50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

***) Index: Prozentanteil „zu viel Personal“ minus „zu wenig Personal“

9. Finanzpolitische Kompetenz der Parteien

Auf die Frage welche Partei am besten mit dem Geld der Steuerzahler umgehe, antworten die meisten Befragten (60 %), dass keine Partei das tue.

15 Prozent halten die CDU/CSU, 10 Prozent die SPD, 8 Prozent die Grünen, 4 Prozent die FDP und 3 Prozent die Linkspartei für finanzpolitisch kompetent.

Anhänger der Union sind von der finanzpolitischen Kompetenz der CDU/CSU überzeugter als die Anhänger der anderen Parteien von der Kompetenz „ihrer“ Partei.

■ Meinungen zum Umgang der Parteien mit dem Geld der Steuerzahler

Es meinen, alles in allem kann folgende Partei am besten mit dem Geld der Steuerzahler umgehen ...

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	keine Partei
	%	%	%	%	%	%
insgesamt	15	10	8	4	3	60
Ost	11	12	6	2	4	65
West	16	10	9	4	2	59
Haushaltsnettoeinkommen:						
- unter € 1.000	3	20	4	2	3	48
- € 1.000 bis € 2.000	11	10	8	4	4	52
- € 2.000 bis € 3.000	21	10	6	2	2	39
- € 3.000 oder mehr	20	10	12	5	2	39
Anhänger der:						
CDU/CSU	54	3	1	1	0	41
SPD	8	38	7	0	2	45
Grünen	2	10	39	1	2	46
FDP	15	0	3	42	0	40
Linke	0	9	3	5	39	44

10. Zusammenfassung

Die Meinungen der Bürger über das derzeitige Steuersystem in Deutschland sind prinzipiell eher negativ: So wird das Steuersystem von einer deutlichen Mehrheit der Befragten für ungerecht und zu kompliziert gehalten; eine Abschaffung der Sonderregelungen im Steuersystem würde mehrheitlich begrüßt werden.

Steuerhinterziehung wird von einem Großteil der Befragten für eine schwere Straftat und nicht für ein Kavaliersdelikt gehalten. Dennoch glauben fast alle Befragten, dass Steuerhinterziehungen keine Einzelfälle sind, sondern von vielen praktiziert werden. In diesem Zusammenhang glaubt rund die Hälfte der Befragten auch, dass es zu wenig Personal in Finanzämtern und Zollbehörden gäbe und deshalb zu wenig kontrolliert werden würde.

Der Abbau der Staatsschulden hat für die Bürger nicht die höchste Priorität. Angesichts der Finanznot des Staates spricht sich gut ein Viertel der Befragten dafür aus, eher noch weitere Schulden zu machen. Knapp die Hälfte der Befragten meint, der Staat solle eher höhere Steuern erheben. Die Mehrheit der Befragten wäre dann bereit, höhere Steuern zu zahlen, wenn der Staat die Mehreinnahmen für sinnvolle Maßnahmen einsetzen würde. Würde das Geld hingegen für den Schuldenabbau des Staates eingesetzt werden, geht die Bereitschaft höhere Steuern zu zahlen von 69 auf 36 Prozent zurück.

Dass der Staat die zusätzlichen Einnahmen aus den Steuererhöhungen auch tatsächlich für sinnvolle Maßnahmen einsetzen würde, glauben lediglich 21 Prozent der Befragten. Dieses mangelnde Vertrauen zeigt sich auch im Hinblick auf die Einschätzung der finanzpolitischen Kompetenz der Parteien: 60 Prozent der Bürger sind der Meinung, dass keine Partei gut mit dem Geld der Steuerzahler umgehen kann.

Eine Möglichkeit die Finanznot des Staates zu beheben, sehen die Bürger in der Erhöhung der Steuern für die oberen Einkommensgruppen: Die Mehrheit der Befragten würde eine Erhöhung der Steuern ab einem Jahreseinkommen von 80.000 bzw. 100.000 Euro befürworten.

Fragt man die Bürger nach Ihren Einstellungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, zeigt sich, dass sich die Mehrheit eine stärkere finanzielle Förderung von Bildungseinrichtungen und von Angeboten für Kinder und Jugendliche durch den Staat wünschen würde. Zudem halten die meisten Befragten auch eine Umverteilung des Steueraufkommens zu Gunsten der Städte und Gemeinden für sinnvoll und erforderlich.